20 Cts.

GROSSBRITANNIENS BEMÜHUNGEN UM DIE ERHALTUNG DES FRIEDENS

EINE DARLEGUNG ENGLISCH-DEUTSCHER VERHANDLUNGEN 1898-1914

NACH DEN QUELLEN ERZÄHLT

VON

SIR EDWARD COOK

LAUSANNE
LIBRAIRIE PAYOT & Cie

20 Cts.

VORWORT

In einer kürzlich von mir herausgegebenen Broschüre habe ich kurz und (wie ich hoffe) in leicht verständlicher Weise die Gründe auseinandergesetzt "Weshalb Grossbritannien Krieg führt". Die aufgestellten Behauptungen waren durchweg auf amtliche Schriftstücke begründet und eine Widerlegung derselben ist unmöglich. Das Ergebnis bewies, unter anderen auf die unmittelbaren Ursachen des Krieges bezüglichen Tatsachen, dass England bis zuletzt sich bemühte den Frieden zu bewahren, sowie dass seine und anderer Mächte Anstrengungen durch Deutschland vereitelt wurden.

Es bewies ferner, dass die England zwingenden Umstände, sich in den Krieg einzumischen, in Bezug auf Frankreich in dem Ruf der Ehre und des Selbstinteresses bestanden; und dass in Bezug auf Belgien derselbe Doppelruf durch direkte und positive Verpflichtung vestärkt wurde.

In der vorliegenden Broschüre werfe ich einen Blick auf die Vergangenheit zurück, und zeige durch Hinweis auf frühere politische Diskussionen während des Laufes vieler vergangener Jahre, wie "Grossbritannien sich bemühte den Frieden zu erhalten". Das Ergebnis, zu dem ich komme, fusst wieder zum grössten Teil auf amtlichen Schriftstücken oder Reden der Minister, und, was den Rest betrifft, auf Information, die ich gute Gründe habe für unwiderleglich zu halten. Man wird erkennen, dass die Geschichte englisch-deutscher Unterhandlungen in Bezug auf Einschränkung der Rüstungen und verwandter Themen, in seltsam aufklärender Weise mit den Schlüssen zusammenfällt, zu denen jeder aufrichtige Mensch nach einem Ueberblick der dem Ausbruch des Krieges unmittelbar voraufgehenden Unterhandlungen kommen muss. Erstens ersieht man aus ihnen, dass England ohne Unterlass sich bemühte, den Druck der Rüstungen abzuschwächen, dass aber jeder Versuch dieserhalb von deutscher Seite abgewiesen wurde. Ferner wird man aus ihnen erkennen, dass die einzigen Bedingungen, auf welche hin Deutschland bereit war sich mit England zu einigen, wesentlich dieselben waren, wie die jetzt historischen "infamen" Vorschläge vom 29. Juli, nämlich, dass England seiner Freundschaft für Frankreich den Rücken kehren, und, was seine Verpflichtungen gegen Belgien betrifft, zustimmen solle, dieselben als ein "Stück Papier" zu betrachten.

E. T. C.

INHALT

GROSSBRITANNIENS BEMÜHUNGEN UM DIE ERHALTUNG DES FRIEDENS

EIN KURZER ÜBERBLICK ÜBER ENGLISCH-DEUTSCHE UNTERHANDLUNGEN, 1898-1914.

In seinem Kriege mit Deutschland kämpft England in Erfüllung seiner Verpflichtungen, um seine Ehre und Sicherheit zu wahren, und trotz fortgesetzter Versuche, während der dem Ausbruch des Krieges unmittelbar vorausgehenden Periode, den Frieden Europas aufrecht zu erhalten. Auf den folgenden Seiten wird eine kurze Uebersicht früherer englisch-deutscher Verhandlungen geboten. Der Verlauf derselben beweist abermals, von welcher Seite der Friede angestrebt und durch wen die gemachten Anstrengungen für ein dauerndes gutes Einvernehmen vereitelt wurde. Die Erzählung nimmt ihren Anfang mit dem Vorschlag des Kaisers von Russland, im Jahre 1899, eine internationale Konferenz zusammenzuberufen, um über eine Einschränkung der Rüstungen zu verhandeln und schliesst mit der Kriegserklärung des Deutschen Kaisers gegen Russland im Jahre 1914. Zwei einleitende Punkte sind jedoch einer kurzen Beachtung wert.

Deutschlands "Platz an der Sonne".

Von Gegnern britischer Politik wird England zuweilen der Vorwurf gemacht, es habe, von Neid beseelt, ungern zugeben wollen, dass Deutschland "einen Platz in der Sonne" einnähme. Um diesen Vorwurf zu begründen ist die Frage aufgeworfen worden, weshalb zur Zeit des englisch-französischen und des englisch-russischen Einverständnisses kein entsprechendes englisch-deutsches Einvernehmen ins Leben gerufen sei. Die Antwort auf diese Frage, die nur Leute mit kurzem Gedächtnis in Verlegenheit setzen kann, vernichtet vollständig die Andeutung, England habe sich unfreundschaftsich und unpraktisch in seinen Beziehungen zu Deutschland bewiesen. Ein Grund, weshalb in den ersten

Jahren des zwanzigsten Jahrhunderts kein englisch-deutsches Uebereinkommen zu Stande kam, ist der, dass viele solche während der letzten Jahre des neunzehnten gemacht worden waren. Zur Zeit des Abschlusses des Englisch-französischen Abkommens, im Jahre 1904, bestanden keinerlei greifbare, konkrete Meinungsverschiedenheiten, die eines Ausgleichs zwischen England und Deutschland bedurft hätten, so wie sie in jenem Jahre zwischen England und Frankreich beigelegt wurden; und aus diesem Grunde wurde kein Abkommen gemacht. Die ausgleichbaren Differenzen zwischen England und Deutschland waren schon durch Lord Salisbury ausgeglichen worden, dessen "Liebenswürdige Zugeständnisse" Deutschland gegenüber die Abtretung Helgolands einschlossen, wo der Deutsche Kaiser von Osborne aus im Jahre 1890 ankam, um die Oberherrlichkeit zu übernehmen, und welche Insel, bald darnach zu einer starken Festung ausgebaut, jetzt ein Schutz der deutschen Flotte ist. Als späterhin entschiedene und konkrete Differenzen entstanden, zeigte England sich bereit, sich mit Deutschland über sie ins Einvernehmen zu setzen, wie es sich in Bezug auf andere Punkte mit Russland und Frankreich in seinen Abkommen geeinigt hatte. Zum Beispiel gab es im Frühsommer 1914 seine Zustimmung zu Bedingungen bezüglich der Bagdadbahn, die bewiesen, dass es in Bezug auf Ausdehnung deutschen Einflusses nicht die Haltung eines Hundes beim Futtertrog annahm.

Die Herausforderung der Flotte.

Der in den Gemütern englischer Staatsmänner politische Sorge erweckende Umstand lag weder in dem Aufschwung des deutschen Handels noch in dem Wunsch Deutschlands, auch einen Platz in der Sonne einzunehmen, sondern in der ohne Unterlass betriebenen Entwickelung seiner Flotte. Ein wenig Ueberlegung wird zeigen, dass solche Sorge durchaus gerechtfertigt war. In jedem Falle hätte man sie fühlen müssen, aber die Umstände, unter denen Deutschlands neue Flottenpolitik entstand, vermehrten sie. Des Deutschen Kaisers ausgesprochene Erklärung, "er wolle den Dreizack ergreifen" und "Deutschlands Zukunft liege auf dem Wasser" würden aus Gründen, die ich weiterhin erklären werde, zu jeder Zeit einigen Argwohn in unserm seefahrenden Lande erweckt haben; aber der genaue Zeitpunkt, an dem diese Erklärungen anfingen in Taten umgesetzt zu werden, gab ihnen eine besondere Bedeutung. Der erste erhebliche Zuwachs in der

deutschen Flotte erfolgte kraft des Gesetzes von 1900 — dem Jahre nach Ausbruch des süd-afrikanischen Krieges. Wie anders, sagte man in Deutschland, würde vielleicht der Lauf der Ereignisse in diesem Kriege gewesen sein, hätte Deutschland eine stärkere Flotte besessen! Als daher das deutsche Flottengesetz mitten während des süd-afrikanischen Krieges eingeführt wurde, war die natürliche Frage — und sie wurde selbst im Reichstag aufgeworfen — gegen welchen Gegner könnte die neue Flotte gebraucht werden, wenn nicht gegen England? Offiziell wurde erklärt, Deutschland müsse so stark zur See sein dass selbst "die stärkste Seemacht" nicht im Stande sein solle, es zuversichtlich zum Kampfe herauszufordern. Wir werden auf den folgenden Seiten ersehen, dass Grossbritannien nicht die mindeste Absicht hegte Deutschland herauszufordern; aber es lag in der Natur der Sache, abgesehen von den oben erwähnten besonderen Umständen, dass das grosse, beständig fortschreitende Wachstum der deutschen Flotte sowohl der Ansicht unserer Staatsmänner nach, wie auch in der öffentlichen Meinung des Landes, eine Herausforderung Grossbritanniens bedeutete. Deutschlands Grenzen sind hauptsächlich Landgrenzen. Englands Grenzen sind an der See. Das britische Reich ist, wie Sir John Seeley es ausdrückt "Ein weltumfassendes Venedig mit dem Meere als Strassen". Deutschland erhält sich in grossem Masse selbst oder bekommt seine Zufuhr an Nahrungsmitteln zu Lande: Grossbritannien würde bald verhungern, wenn es die Herrschaft über das Meer verlöre. Deshalb kann man, wie Sir Edward Grey am 29. März 1909 im Parlament sagte, keinen Vergleich zwischen der Wichtigkeit einer deutschen Flotte für Deutschland und der Wichtigkeit einer Flotte für uns ziehen. Der Besitz einer starken Flotte würde Deutschlands "Prestige" erhöhen, seinen diplomatischen Einfluss, seine Macht zum Schutz seinen Handels verstärken, aber er ist keine Lebensfrage für es, wie für uns. Deutschland war schon bei weitem die stärkste Militärmacht der Welt. Um die gerechtfertigten Besorgnisse, die sein Ehrgeiz hinsichtlich der Flotte in unserem Lande verursachte, richtig zu schätzen, braucht man nur den Fall umzukehren und zu fragen: was würde man in Europa gefühlt und gedacht haben, wenn Grossbritannien, bereits die grösste Seemacht, angefangen hätte, ein ungeheures, dem deutschen Heere selbst vergleichbares, stehendes Heer zu errichten?

Es lag deshalb auf der Hand, dass die Rivalität betreffs der Flotte, wie sie Deutschland ins Leben rief, die Beziehungen zwischen den beiden Ländern verbittern musste, und mit der Zeit zu gefährlichen Situationen

führen konnte. Nachdem ich diesen Punkt klar gemacht und an Englands freundschaftliche Haftung gegen Deutschland in früheren Jahren erinnert habe, will ich nunmehr auf die einzelnen Unterhandlungen eingehen, durch welche England versuchte, solche Gefahren abzulenken und den Frieden zu sichern.

I. Versuche eine Internationale Vereinbarung herbeizufuhren, 1899, 1907.

Im Jahre 1898 schlug der Kaiser von Russland die Anberaumung einer internationalen Konferenz vor, die den Zweck haben sollte, einen Weg zu ermitteln, um die Ausgaben für Flotte- und Armee-Rüstungen einzuschränken. Sein Vorschlag fand in unserem Lande grosses, allgemeines Entgegenkommen, und der Erste Lord der Admiralität, Mr. Goschen, drückte die Ansicht der Regierung dem Parlamente aus. Er erklärte dass, obgleich es für Grossbritannien unmöglich sei, seine relative Position zu ändern, es doch bereit sein würde, wenn andere grosse Seemächte sich dazu verständen, ihr Schiffsbau-Programm einzuschränken, wir unsererseits bereit sein würden, das unsrige herabzumindern. (9. März 1899.) Die Konferenz trat einige Monate später im Haag zusammen; es gelang jedoch nicht, eine sämtlichen Mächten annehmbare, unzweideutige, allen gerecht werdende und praktisch durchführbare Anerkennung zu erzwingende Formel zu finden. Die angenommene Resolution empfahl den einzelnen Regierungen den Vorschlag als von grosser Wichtigkeit für das moralische sowie materielle Wohlergehen der Menschheit zu besonderer Beachtung.

Ein Jahr nach Zusammentreten der Konferenz, im Jahre 1900, erliess (wie schon oben erwähnt) die deutsche Regierung ein neues Flottengesetz. Durch dieses Gesetz wurde dasjenige von 1898 vervollständigt und ein Programm in ihm eingeschlossen, demzufolge die deutsche Flotte fast verdoppelt wurde. Dies ist als Antwort Deutschlands auf den Vorschlag anzusehen, die Rüstungen, was die Flotte betraf, durch internationales Uebereinkommen einzuschränken.

Diese Frage der Einschränkungen der Rüstungen fand auch fernerhin in unserem Lande grosse Beachtung, und als auf des Zaren Aufforderung hin im Jahre 1907 eine zweite Friedenskonferenz eingeladen wurde, sich zusammenzufinden, setzte die britische Regierung die massgebenden Seemächte von ihrem ernsten Wunsche in Kenntnis, dass

dieser Frage nochmals besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden solle. Als Beweis ihrer eigenen *bona fides* und um einen Weg anzubahnen, auf dem, wie man hoffte, andere folgen würden, kündigte sie im Juli 1906 an, dass das britische Flottenbaugesetz vom vorigen März um 25 Prozent in Bezug auf erstklassige Schlachtschiffe, 60 Prozent in Bezug auf die ozeanbefahrenden Zerstörer, und 33 Prozeut in Bezug auf Unterseeboote herabgesetzt werden würde. Diese Herabminderung wurde vorgeschlagen, trotz der Tatsache, dass im Mai des Jahres 1906 das deutsche Flottengesetz von 1900 durch Aufnahme von sechs grossen Kreuzern in das bestehende Programm ergänzt wurde.

Deutschlands Haltung diesem Entgegenkommen gegenüber wurde bald offenbar. Der deutsche Kaiser erklärte dem britischen Botshafter (Sir F. Lascalles), er würde es abschlagen, sich auf der Konferenz vertreten zu lassen, wenn die Frage einer Abrüstung auf derselben vorgelegt werden solle. Er sagte, jeder Staat müsse für sich selbst die Höhe der zum Schutz seiner Interessen und zur Erhaltung seiner Stellung notwendigen Militärmacht entscheiden, und kein Staat werde die Einmischung eines andern in diese Frage dulden. Im August 1906 besuchte König Eduard Kronberg, begleitet von Sir Charles Hardinge, und die letzterem gegenüber ausgedrückte Ansicht des deutschen Kaisers ging dahin, die bevorstehende Konferenz für grossen Unsinn zu erklären. Das Gerede über Einschränkung militärischer Streitkräfte rufe bei den Deutschen nur ein Lächeln hervor. Im folgenden Monat wurde der damalige Kriegsminister, Mr. Haldane, zum Besuch bei dem Kaiser eingeladen und ihm wie den anderen gesagt, dass, wenn auf der Konferenz das Thema der Abrüstung aufs Tapet gebracht werden solle, Deutschland seinem Vertreter nicht erlauben könne, seine Zustimmung dazu zu geben.

Jedoch die britische Regierung beharrte auf ihrem Vorsatz. Am 2. März 1907 veröffentlichte « The Nation » einen von Sir Henry Campbell-Bannerman, dem Ministerpräsidenten, unterzeichneten Artikel. In diesem Artikel war besonders hervorgehoben, dass, obwohl die britische Seemacht notwendigerweise die erste Stelle einnehmen müsse, es doch von der ganzen Welt zugegeben werde, dass sie keinen aggressiven Charakter besitze. Es wurde angekündigt, dass die britische Regierung, die bereits einen Beweis ihrer *bona fides* durch die Herabsetzung ihrer Vorlagen für das Jahr 1906 gegeben, bereit sei, noch weiter zu gehen, fände sie eine ähnliche Disposition an anderen Orten. Der ganze Artikel war ein Eintreten dafür, dass die Herabminderung

der Ausgaben für Kriegsrüstungen nicht von den Diskussionen auf der Konferenz ausgeschlossen werden sollte. Im selben Monat wurde der dahin gehende Wunsch der britischen Regierung den sieben grössten Seemächten amtlich mitgeteilt. Der russische Jurist, Professor Maartens, der nach den verschiedenen europäischen Hauptstädten mit dem Auftrag gesandt wurde, das Programm für die Konferenz zu besprechen, fand in Berlin und Wien starkes Widerstreben, die Einschränkungen der Rüstungen mit in den Plan aufzunehmen. Im April 1907 erklärte der Reichskanzler, Fürst Bülow im Reichstag, die deutsche Regierung könne nicht an einer Erörterung teilnehmen, die ihrer Ueberzeugung nach, selbst wenn sie nicht geradezu Gefahren anbahnen sollte, doch unpraktisch sei. Als Ergebnis dieser Haltung Deutschlands konnte die Konferenz von 1907 nicht dazu gebracht werden, mehr zu tun als die Beschlüsse von 1899 zu bestätigen. Dies ward von dem britischen Bevollmächtigten, Sir Edward Fry, vorgeschlagen.

Aus obiger Aufzählung der Tatsachen ersieht man, dass von Seiten Grossbritanniens ein aufrichtiger Versuch, vermittelst der Haager Friedenskonferenz, durch ein allgemeines internationales Einverständnis einige Einschränkung der Rüstungen zu erreichen, gemacht, und dass dieser Versuch durch die ablehnende Haltung Deutschlands vereitelt wurde.

II. Versuche, betreffs der Flotte, mit Deutschland Unterhandlungen zu führen, 1907, 1908.

Die Möglichkeit, eine Beschränkung auf dem Wege besonderer Vereinbarung zu erreichen, blieb übrig, und dieser Möglichkeit wandte die britische Regierung zunächst ihre Aufmerksamkeit zu. Sie hatte ihren Wunsch kundgegeben, indem sie Sir Edward Fry instruierte, auf der Konferenz von 1907 eine dahin zielende Erklärung abzugeben, dass die britische Regierung bereit sei, ihre Flotten-Vorlage (Budget) im Voraus mit irgend einer andern Macht auszutauschen, in der Hoffnung, dass dieser Tausch schliesslich zu einer Herabminderung der Ausgaben führen könnte.

Im Herbst 1907 kam der Deutsche Kaiser zu einem Besuche nach England und gab im Verlaufe desselben in einer, in der Guildhall gehaltenen Rede seinen freundschaftlichen Gefühlen für dieses Land beredten Ausdruck. Trotzdem wurde im folgenden März eine Be-

schleunigung der Ausführung des deutschen Flotten-Programms, die auf Hinzufügung von vier erstklassigen Schlachtschiffen hinauslief, vorgeschlagen und späterhin ausgeführt.

Die hierdurch herbeigeführte Situation konnte unmöglich anders als in unserem Lande Besorgnis erregen. Der Deutsche Kaiser gab in der Oeffentlichkeit freundschaftlichen Gefühlen für unser Land emphatischen Ausdruck. Aber es war schwer, solche Gefühle mit den fortschreitenden Vergrösserungen in der deutschen Flotte in Einklang zu bringen. Die diplomatischen Beziehungen beider Länder zu einander waren vollkommen freundschaftlich und normal, keinerlei Streitfragen bestanden zwischen ihnen. Uebermacht zur See war, und wie ich schon auseinandergesetzt habe, muss immer ein Hauptgrundsatz britischer Politik sein. Die von Deutschland ins Leben gerufene Flotten-Rivalität musste hinsichtlich ihrer schliesslichen Absichten Argwohn erregen und auf diese Weise die Beziehungen beider Länder zu einander verbittern.

Im August 1908 benutzte die britische Regierung, diese Gefahr fühlend und bemüht, sie noch zu rechter Zeit abzuwenden, die Gelegenheit des Besuchs des Königs Eduard bei dem Deutschen Kaiser, um Unterhandlungen anzuknüpfen. Wiederum befand sich Sir Charles Hardinge in Begleitung des Königs, und zufolge ihm durch den Minister des Auswärtigen gewordener Instruktionen, unterbreitete er dem Deutschen Kaiser und der deutschen Regierung eingehend die Ansichten der britischen Regierung. Er legte die oben auseinandergesetzte Ansicht der Situation ausführlich dar, und er war instruiert worden, Nachdruck auf die Ratsamkeit einer freundschaftlichen Erörterung des Gegenstandes zwischen den beiden Ländern zu legen. Diese Anträge wurden zurückgewiesen. Der Deutsche Kaiser erneuerte seine Versicherungen freundschaftlicher Gesinnung, aber erklärte auf das Ausdrücklichste, keinerlei Erörterungen mit einer fremden Macht hinsichtlich der Flotten-Rüstungen könnten geduldet werden. Es wird versichert, dass Seine Majestät seinem Entschluss Ausdruck gab, lieber zu den Waffen zu greifen, als sich eine solche Sache gefallen zu lassen. Ebenso emphatisch ablehnend verhielt sich Herr v. Jagow, der das deutsche Auswärtige Amt vertrat, dem britischen Vorschlage gegenüber.

Diese Tatsache wolle man beim Lesen der im Dezember 1908 vom Fürsten Bülow im Reichstag gehaltenen Rede, in der er leugnet, der deutschen Regierung seien je bestimmte Vorschläge hinsichtlich einer Einschränkung der Rüstungen gemacht worden, im Auge behalten. Er sprach die Wahrheit, aber nicht die ganze Wahrheit; und die britische

Regierung nahm die Gelegenheit wahr, einen weiteren Versuch zu machen, zu einem freundschaftlichen Einverständnis zu gelangen. Man wies darauf hin, dass der Grund, weshalb im Jahre 1907 keine bestimmten Vorschläge im Haag gemacht worden seien, in Deutschlands vorher kundgegebener Weigerung, sich an einer solchen Erörterung zu beteiligen, zu suchen, und dass ein Versuch, in der Folge Unterhandlungen anzuknüpfen, zurückgewiesen worden sei. Angesichts dieser Haltung der deutschen Regierung fühlte Grossbritannien sich gezwungen, seinen Flotten-Etat für 1909-10 beträchtlich zu erhöhen; aber die britische Regierung liess es sich sehr angelegen sein, zu einer diesbezüglichen freundschaftlichen Abmachung mit Deutschland zu gelangen.

Sir Edward Grey schlug bei dieser Gelegenheit vor, um Missverständnisse zu vermeiden und Misstrauen zwischen den beiden Ländern zu beseitigen, sollte es den Marine-Attachés in Berlin und London gestattet sein, von Zeit zu Zeit sich von dem tatsächlichen Stand der Konstruktion der erstklassigen Schiffe durch den Augenschein zu überzeugen. Die deutsche Regierung lehnte diesen Vorschlag ab.

Der in den obigen Abschnittten gegebene Ueberblick über die Ereignisse zeigt, dass die britische Regierung, als sie sich gehindert fand, durch ein allgemeines internationales Uebereinkommen zu einer Abmachung zu kommen, sich bemühte insbesondere Unterhandlungen mit Deutschland anzubahnen, und dass diese Bemühungen durch den Deutschen Kaiser und die deutsche Regierung vereitelt wurden.

III. Der Dreibund und die “Glänzende Waffenrüstung.”

Das nächste Kapitel englisch-deutscher Unterhandlungen führt eine neue Phase ein, die nur durch Hinweis auf frühere Grossbritanniens Beziehungen zu anderen Mächten berührende Ereignisse volles Verständnis finden kann. Man wird sehen, dass, während gewisse schattenhafte Vorschläge von Deutschland in Bezug auf das Marine-Budget gemacht wurden, der für dieses Entgegenkommen von Grossbritannien geforderte Preis die Aufgabe seiner politischen Freundschaften und seiner Vertragspflichten war.

Im April 1904 brachte Grossbritannien (das, wie oben erwähnt wurde, lange vorher seine afrikanischen Streitfragen mit Deutschland geregelt hatte), seine afrikanischen Zwistigkeiten mit Frankreich zum Austrag. Frankreich gestand England freie Hand in Ægypten zu, und desgleichen England Frankreich freie Hand in Marocco. Zu der Zeit

betonte Fürst Bülow die Interessenlosigkeit Deutschlands und sogar sein Gutheissen des Abkommens. Er erklärte, die Frage von Marocco sei für Deutschland gleichgültig — wie sie es vom kaufmännischen Standpunkt sicherlich war; die deutschen Ausfuhren erreichten nur die Höhe von £ 90,000 jährlich. Binnen kurzer Zeit wurde eine andere Ansicht geltend gemacht. Wenige Wochen nach Abschluss des englisch-französischen Abkommens ergriff der Deutsche Kaiser eine Gelegenheit, Reden zu halten, die in Frankreich begreiflicherweise Sorge erregten. In Karlsruhe forderte er seine Untertanen auf: « Erinnert Euch der » Schlachten von Wörth, von Weissenburg, und von Sedan. Ich » hoffe, der Friede wird keine Unterbrechung erleiden, und die » Ereignisse, die jetzt um uns herum Platz greifen, werden unsere » Augen klären und unseren Mut so stählen, dass wir einig gefunden » werden, sollte es für uns nötig sein, uns in die Politik der Welt » einzumischen. » Von dort ging er weiter nach Mainz, eine neue Brücke zu eröffnen, und gab dabei seiner Ueberzeugung Ausdruck dass, « Wenn sie zum Transport kriegerischer Art benutzt werden müsse, » sie sich ihrer Aufgabe völlig gewachsen erweisen werde. » An diese Reden wurde erinnert, als der Kaiser im März 1905 nach Tangier ging und die deutsche Regierung anfing, ein warmes diplomatisches Interesse an der Marocco-Frage zu entwickeln. Man wird sich erinnern, dass zu dieser Zeit die Schlacht bei Mukden stattfand und Russland, machtlos schien, Frankreich Hülfe zu leisten. M. Delcassé, der französische Minister, der das englisch-französische Abkommen vermittelt hatte, zog sich von seinem Amte zurück, und Frankreich gab dem deutschen Vorschlage einer Konferenz in Bezug auf Marocco seine Zustimmung. Nach Ausspruch der Kreuz-Zeitung, hatte « die deutsche Diplomatie einen Erfolg zu verzeichnen », weil im Hintergrunde die « ultima ratio » sichtbar war. Im Jahre 1907 kam Grossbritannien zu einem Abkommen mit Russland, in welchem bis dahin noch unerledigte Differenzen in Bezug auf Persien, Afghanistan und Thibet, erledigt wurden. Im Jahre 1908 brach Œsterreich-Ungarn den Vertrag von Berlin durch die Einverleibung von Bosnien und der Herzegovina. Der Deutsche Kaiser stand, wie er sagte in glänzender Waffenrüstung[1] an

---

[1] Es mag der Mühe wert sein, die Gelegenheiten, bei denen der Deutsche Kaiser jetzt in der Geschichte der Waffen und der Diplomatie klassisch gewordene Phrasen anwandte, hier ins Gedächtnis zurückzurufen. Bei einer Anrede an den Prinzen Heinrich in Kiel am Vorabend seiner Abreise nach Ostasien (16. Dec. 1897) sagte er : « Sollte jemals einer den Versuch machen, uns zu insultieren oder in unse-

der Seite seines Bundesgenossen, um diese Verletzung des europäischen Völkerrechts zu unterstützen. Russland wurde zu verstehen gegeben, jedem Widerstand seinerseits werde Waffengewalt entgegen gesetzt werden. Die Einverleibung wurde nicht weiter in Frage gezogen.

Dies sind, kurz gefasst, die vorher vorgefallenen Tatsachen, welche man bei der Beobachtung der nächsten Phase der englisch-deutschen Verhandlungen im Auge behalten muss. Deutschland hatte gegen Frankreich bei der Marocco-Frage, gegen Russland in Bezug auf Bosnien mit dem Säbel gerasselt. Es schien seine Politik, die wirksame Kraft einer englisch-französisch-russischen Entente herauszufordern und vielleicht ihr festes Zuzammenhalten zu verhindern. Dieser Zug seiner Politik wurde im Verlaufe von Verhandlungen mit England und durch Deutschlands Haltung Frankreich gegenüber offenbar.

IV. — Antræge von deutscher Seite gegen die Triple Entente, 1909.

Im Juli 1909 legte Fürst Bülow sein Amt nieder, und Herr von Bethmann-Hollweg folgte ihm als Reichskanzler. Kurz nach seinem Amtsantritt begannen die Beziehungen zwischen Grossbritannien und Deutschland ihn zu beschäftigen. Er bat den englischen Botschafter um seinen Besuch und erklärte ihm, er begreife, dass England die Flottenfrage als hauptsächlichstes Hindernis für ein Zustandekommen wirklich freundlicher Beziehungen zwischen beiden Ländern betrachte : die deutsche Regierung sei nunmehr bereit, Vorschläge für ein Einverständnis über die Flottenfrage zu machen ; eine diesbezügliche Erörterung könne jedoch mit Aussicht auf Erfolg nur als Teil eines allgemeinen, auf die Ueberzeugung gegründeten Einverständnisses, keines der beiden Länder hege aggressive oder feindliche Absichten gegen das andere, eingeleitet werden. Die britische Regierung war natürlicher-

» rem guten Recht zu schädigen, so schlage zu mit gepanzerter Faust, und flicht mit » Gottes Hilfe den Lorbeerkranz um deine junge Stirn, den niemand im deutschen » Reiche dir missgönnen wird. »

Am 21. September 1910 nahm der Deutsche Kaiser in Wien eine Willkommensadresse vom Bürgermeister der Stadt entgegen. Im Laufe seiner Antwort sagte er : « Es will mir scheinen, als läse ich in Ihrem Entschluss die Zustimmung der Stadt » Wien zu der Handlung eines Bundesgenossen, der in einem ernsten Moment » seinen Platz in glänzender Waffenrüstung an der Seite Eures gnädigsten Herrschers einnimmt. »

weise höchst erfreut über des Reichskanzlers ihr gesandte Botschaft und kam seinen Anträgen in freundlicher Weise entgegen. Die Hauptfrage war für sie die der Flotte, aber sie war bereit, jeden Vorschlag zu einem allgemeinen Einverständnis zu gelangen mit grösstem Entgegenkommen in Erwägung zu ziehen, so lange er nicht mit Grossbritanniens bestehenden Verpflichtungen gegen andere fremde Mächte unvereinbar war. Dies war eine für ehrenhafte Unterhandlung auf der Hande liegende Bedingung, und Sir E. Grey hat das häufig im Parlament erklärt, z. B. am 27. Nov. 1911, in den folgenden Worten: " Man schliesst keine neuen Freundschaften welche zu haben es sich lohnt dadurch, dass man die alten aufgibt. Lassen Sie uns gewiss neue Freundschaften schliessen, aber nicht auf Kosten derer, die wir bereits besitzen. " Im Hintergrunde von Englands guten Beziehungen zu Frankreich oder Russland lagen keinerlei aggressive Absichten verborgen. Diesen Punkt hatte Sir Henry Campbell-Bannermann im Jahre 1905 ausdrücklich betont, als er am 16. November auf das Uebereinkommen mit Frankreich Bezug nahm und ein ähnliches mit Russland für die Zukunft in Aussicht stellte. " Lord Lansdowne hat Recht getan, gegen die Idee zu protestieren, ein Einverständnis zwischen uns schliesse irgend welche feindlichen Gefühle oder Absichten gegen irgend eine andere fremde Macht ein. Unser Vorrat an freundlichem Gefühl und internationalem gutem Willen wird nicht durch Frankreich erschöpft. Wir wollen hoffen, dass diese weise Politik weitere Ausdehnung erlangen wird. Da ist das grosse russische Reich. Und dann ist da noch Deutschland". In ähnlicher Weise erklärte Sir Edward Grey im Jahre 1909, dass für England kein Grund existiere, weshalb sein gutes Einvernehmen mit Frankreich und Russland ein ähnliches gutes Einvernehmen zwischen England und Deutschland verhindern müsse. England wünsche Deutschlands Freundschaft, nur unter Bedingung, dass dies nicht einen Bruch seiner Freundschaft mit anderen bedinge. Wir werden jedoch sehen, dass die deutschen Anträge gerade einen solchen Bruch einschlossen.

Die von Herrn v. Bethmann-Hollweg bezüglich der Flotte gemachten Vorschläge waren etwas unbestimmt. Es war darin erklärt, von einem Abweichen von dem deutschen Flottengesetz als Ganzem könne keine Rede sein; ein solcher Vorschlag werde die unüberwindlichste Opposition im Reichstage hervorrufen; aber die deutsche Regierung sei gewillt, eine Verzögerung in der Baugeschwindigheit neue Schiffe zu erörtern. Eine genaue Erklärung dieser Formel wurde nicht gegeben.

Das, was man darunter verstand war, dass die Gasamtzahl der bis 1918 fertig zu stellenden Schiffe nicht vermindert werden, aber der Bau der erstklassigen Schiffe der Zahl nach in den ersten Jahren zurückgehalten, und in den späteren Jahren verhältnissmässig erhöht werden könne. Wie man sieht, würde also keine endgültige Herabminderung der Ausgaben und keine bestimmte Herabminderung des deutschen Gesamtprogramms stattfinden.

Die Basis der von dem Reichskanzler vorgeschlagenen Flotten-Unterhandlungen war also unbestimmt, schwach, schattenhaft. Das von ihm verlangte *quid pro quo* war positiv und substantiell. Grossbritannien sollte seine Zustimmung zu einer folgende Punkte feststellenden Vereinbarung geben : dass (1) keines von beiden Ländern die geringsten Angriffspläne gegen, und keines das andere angreifen werde : und dass (2) im Falle eines Angriffs von Seiten einer dritten Macht oder Machtgruppe auf eines beider Länder, die nicht angegriffene Macht sich nicht einmischen wolle.

Gegen die erste Bedingung konnte kein Einwand erhoben werden ; der Einwand vom britischen Standpunkt aus gegen die zweite war schwerwiegend. Denn was war darin einbegriffen? Sie schloss an erster Stelle ein ernstes Risiko ein. Nahm Grossbritannien die deutschen Bedingungen an, so war es, dank der allgemeinen Lage der europäischen Mächte, so gut wie gewiss, dass es gezwungen sein würde, sich von jedem Kampf auf dem Festlande fern zu halten. Deutschland konnte es ohne Schwierigkeit so einrichten, dass in einem solchen Kampf der formelle Anfang der Feindseligkeiten von Seiten Oesterreichs ausgehen musste. Im Falle eines Krieges zwischen Oesterreich und Russland hatte Deutschland sich verpflichtet Oesterreich zu Hülfe zu kommen; während auf der andern Seite Frankreich verpflichtet war, Russland beizustehen, sollte es einem Angriff von zwei Seiten ausgesetzt sein. Hätte Grossbritannien also das von Deutschland geforderte Versprechen gegeben, so wäre es dadurch verhindert worden, Frankreich zu unterstützen, einerlei was die Ursachen des Streites oder seine Ergebnisse sein mochten. Französisches Vertrauen und guter Wille wären also verscherzt, da Grossbritannien ihm keinen Beistand zu leisten vermochte, im Falle Deutschland entschlossen war, irgend welche von ihm gestellte Forderungen bis zur äussersten Entscheidung der Waffen durchzusetzten. Die als Vertrauensmänner für ihres Landes Zukunft handelnden Minister durften nicht übersehen, dass Deutschland vielleicht die durch die Vorschläge des Reichskanzlers bedungene Periode gezwungener britischer

Neutralität dazu benutzen würde, seine Uebermacht im kontinentalen Europa kräftig zu befestigen. Grossbritannien würde als ein gelähmter Zuschauer haben bei Seite stehen müssen, bis Deutschland frei gewesen wäre, der Schwächung Britanniens seine ungeteilte Aufmerksamkeit zu widmen — dem einzigen dann noch übrigen unabhängigen Faktor in Europa. Ausserdem lag an zweiter Stelle den deutschen Vorschlägen eine Verwerfung seiner Vertragspflichten gegen Belgien von Seiten Englands zu Grunde. Setzen wir den Fall, Deutschland wäre in einem Kriege mit Frankreich in Belgien eingedrungen, so würde England, kraft dieses vorgeschlagenen Uebereinkommens, verhindert gewesen sein, Belgiens Neutralität zu verteidigen. Die folgenden Ereignisse haben gezeigt, wie unehrenhaft Englands Annahme des Vorschags gewesen sein würde. Die Annahme eines solchen Vorschlags würde ausserdem sofort Englands Isolierung, und für die Zukunft den Verlust jedes Glaubens an britische Treue und Freundschaft zur Folge gehabt haben.

Die Ablehnung der Vorschläge der deutschen Reichskanzlers durch die britische Regierung im Herbst 1909 darf deshalb nicht werwundern. Vom politischen Standpunkt aus warem sie den schwerwiegendsten Einwendungen ausgesetz; von der Seite der Flotten-Frage versprachen sie keine wesentliche Herabminderung der Flottenausgaben.

Bei allgemeiner Betrachtung dieses Stadiums der Verhandlungen kommen wir zu dem Schluss, dass Grossbritannien aufgefordert wurde, seinen bestehenden Freundschaften und Verpflichtungen gegenüber falsch zu sein, und dass man ihm, als Ersatz dafür, ein sehr vages Versprechen hinsichtlich der Flotte bot. Die britische Regierung weigerte sich, hierauf einzugehen. Zur selben Zeit war sie von dem Wunsche beseelt, die freundschaftlichsten Beziehungen zu Deutschland zu pflegen, insoweit als die Treue gegen Vertragspflichten und bestehende Freundschaften es irgend erlaubten. Während der österreich-russischen Krise vom März 1909 hatte sie angestrengt zwischen Oesterreich und Russland vermittelt. Sie gab Herrn v. Bethmann-Hollweg die Versicherung ihrer herzlichsten Bereitwilligkeit, eine Abmachung betreffs einzelner Fragen von beiderseitigem Interesse zustandezubringen; wie z. B. in Betreff der Badgadbahn mit der deutschen Regierung zu verhandeln, — und dies geschah, mit Ergebnissen, die vor Ausbruch des Krieges den Anschein hatten, beiderseits von Vorteil zu sein. Ausserdem betonte sie ihre Bereitwilligkeit zu jeder Zeit mit Deutschland zusammen für Erhaltung des allgemeinen Friedens zu wirken, und bewies durch die Tat die Aufrichtigkeit ihrer Beteuerungen. Die

"Triple Entente" hatte keinen verleztenden Charakter; nichts war in ihrer Natur das Veranlassung gegeben hätte, weshalb Europa bei Fragen von allgemeinem Interesse diplomatisch in feindliche Gruppen hätte auseinander fallen sollen, und die Politik Sir Edward Greys, während der Balkankrisis, machte diesen Punkt sehr klar (1912-1913).

Die guten Hoffnungen, welche auf diesen Stand der Dinge hatte gegründet werden können, wurden, wie alle Welt weiss, im Juli 1914 dadurch rauh vernichtet, dass Deutschland und Oesterreich diplomatische Verhandlungen durch Waffengewalt ersetzten. Man wird sehen, dass etwas Aehnliches den Lauf englisch-deutscher Unterhandlungen im Jahre 1909-1911 zu stören drohte.

V. — Unterbrechung der englisch-deutschen Verhandlungen durch den Vorfall von Agadir, 1910-1911.

Eine Folge von Deutschlands Haltung war die Notwendigkeit der Erhöhung des Flottenetats für das Jahr 1910. Mr. Asquith erklärte im Juli 1910 im Parlament : "Wir haben uns mit der Deutschen Regierung in Verbindung gesetzt. Sie haben aber gefunden, es sei ihnen unmöglich irgend etwas zu tun. Ohne einen Beschluss des Reichstags können sie ihr Flottengesetz nicht abändern oder widerrufen. Sie sagen uns, und ohne Zweifel mit grosser Wahrheit, sie würden bei dem Vorschlag eines eingeschränkten Programms die öffentliche Meinung Deutschlands gegen sich haben." Der deutsche Reichskanzler erwiderte auf diese Rede, dass die deutsche Regierung den britischen Annäherungsversuchen kein *non possumus* entgegengesetzt habe; obgleich sie nicht zustimmen könne, den Bau der Flotte zu beschränken, sei sie bereit eine zeitweilige Verzögerung in der Ausführung des Baues zu besprechen. Die genaue Bedeutung dieses Vorschlags war wiederum nicht bestimmt, aber die britische Regierung ging sofort auf des deutschen Kanzlers Vorschläge ein und, indem sie von ihrer früherer Bedingung, jedes Flottenabkommen müsse auf eine Herabsetzung des bestehenden deutschen Flottenprogramms begründet sein, absah, gab sie ihre Bereitwilligkeit zu verstehen (1) den Vorschlag einer zeitweiligen Verzögerung zu erörtern (2) einen Flottenvertrag auf der Basis zu Stande zu bringen, dass das bestehende deutsche Programm nicht erweitert werden und dass ein Austausch von Information hinsichtlich

des tatsächlichen Fortschritts im Schiffsbau in beiden Ländern stattfinden solle (3) was ein politisches Verständnis betreffe, Versicherungen, dafür zu geben, dass in irgend einem Einverständnis Grossbritanniens mit irgend einer anderen Macht nichts enthalten wäre, das gegen Deutschland gerichtet sei, sowie dass es selbst keine feindlichen Absichten gegen Deutschland hege.

Die Erwiderung der deutschen Regierung traf im Oktober 1910 ein und Verhandlungen wurden bis zum Frühling 1911 fortgeführt. Der Verlauf derselben kann am Uebersichtlichsten unter drei Abschnitten zusammengefasst werden :

(1) Was die « zeitweilige Verzögerung » anbetrifft, dieser Vorschlag, auf welchen der deutsche Reichskanzler sich gestützt hatte, um seine Leugnung einer *non possumus* Haltung zu rechtfertigen, wurde im Mai 1911 zurückgezogen — eine seltsame Zurücknahme, da der angeführte Grund (nämlich die Wichtigkeit der Unterstützung und Beschäftigung der Schiffsbauindustrie mittelst einer bestimmten Anzahl von Regierungsbestellungen) zur Zeit des ersten Anerbietens ebenso stichhaltig gewesen sein würde.

(2) Was das Zustandebringen eines Flottenvertrags auf der Basis, betraf, dass keine Zunahme in dem deutschen Flottenprogramm, aber ein Austausch von Informationen stattfinden solle, so willigte Deutschland ein, diese Punkte einer Erörterung zu unterziehen. Das endliche britische, alle deutschen Bedingungen in sämtlichen Hauptpunkten annehmende Memorandum wurde Ende Januar 1912 mitgeteilt und blieb ohne Erwiderung. In Bezug auf die Basis von keiner Zunahme im deutschen Programm fragte die deutsche Regierung im Oktober 1910 an, welcher entsprechenden Verpflichtung England sich dafür unterziehen wolle. Die britische Regierung überlegte ihre Antwort noch, als der Deutsche Kaiser dem britischen Botschafter mitteilte, er würde in keinem Falle seine Zustimmung zu einem Vertrage geben, durch welchen Deutschland verpflichtet würde, sein Flottenprogramm nicht steigern zu dürfen. Das auf diese Weise offenbarte Nichtzusammenstimmen der Haltung des Kaisers mit der des Reichskanzlers blieb unaufgeklärt; aber im Mai 1911 kündigte die deutsche Regierung ihre Bereitwilligkeit an, Vorschläge zu einer beiderseitigen Herabminderung der Ausgaben für Rüstungszwecke einer Prüfung zu unterziehen, insofern solche Vorschläge kein Abweichen von den Erfordernissen des Flottengesetzes in sich schlössen. Das Zurückziehen des Anerbietens einer zeitweiligen Verzögerung, (siehe (1) oben) zur selben Zeit flösste

kein Vertrauen ein; und der vorgegebenen Bereitwilligkeit der deutschen Regierung über ein Flottenabkommen auf neuer Grundlage zu verhandeln, war eine sehr wenig verbindliche amtliche Erklärung im Reichstag vorausgegangen.

Am 13 März 1911 hielt Sir Edward Grey im Parlament eine Rede, in welcher er zwischen den Zeilen den Verlauf der Verhandlungen mit Deutschland andeutete; die Grenzen, innerhalb derer allein diese Verhandlungen mit Aussicht auf Erfolg vorwärts schreiten konnten, klar legte, und es ein Paradox nannte, dass, während die Gefühle der Freundschaft aufrichtig seien, die Rüstungen zunehmen sollten. Diese Rede wurde in der deutschen Presse beifällig aufgenommen, aber als die Sache am 30. März im Reichstag zur Sprache kam, nahm der Reichskanzler die Gelegenheit wahr, kaltes Wasser anzuwenden. « Ich » halte jede Kontrolle für absolut unausführbar, » sagte er, « und jeder » Versuch nach dieser Richtung hin würde nur fortgesetztes beider- » seitiges Misstrauen und beständige Reibungen veranlassen. Wer » könnte sich entscheiden, seine Verteidigungsmittel zu schwächen, » ohne die absolute Gewissheit, dass sein Nachbar nicht insgeheim » das ihm zugestandene Maass in dem Abrüstungsübereinkommen » überschritte? Nein, meine Herren, ein jeder, der der Frage allgemeiner » Abrüstung ernstlich näher tritt, muss unvermeidlich zu dem Schluss » kommen, dass sie unlösbar ist, so lange Menschen Menschen und » Staaten Staaten sind. »

(3) Während also Deutschland, was die Flottenfrage in den Unterhandlungen mit England betrifft, in dieser Weise bald einen Schritt vorwärts machte und dann wieder einen Schritt zurück ging, fuhr die deutsche Regierung fort, einem politischen Einverständnis grosse Bedeutung beizulegen. Sie betonte diesen Punkt in ihrer Antwort vom Oktober 1910, und als die Unterhandlungen nach der allgemeinen Parlamentswahl in unserem Lande wieder aufgenommen wurden, stimmte die britische Regierung der deutschen Ansicht, dass ein umfassendes politisches Abkommen einem Flottenvertrage vorauf gehen müsse, bei; und unterbreitete der deutschen Regierung Vorschläge als Grundlage für eine Erörterung solch eines politischen Abkommens. Sir E. Greys Rede vom 13. März 1911 deutet die Natur dieser Vorschläge an. Ein solches Abkommen, das eine allgemeine politische Formel verkörpere, wie der deutsche Reichskanzler es angedeutet möchte als umfassender, weitgreifender und intimer, angesehen werden als irgend ein Abkommen, abgesehen von einem tatsächlichen

Bündniss, das England mit irgend einer anderen Macht habe, und möchte, deshalb Missverständnis in Frankreich und Russland erwecken. Die britischen Verträge mit Frankreich und Russland beruhten nicht auf einer allgemeinen politischen Formel; sie seien Erledigungen besonderer Fragen, und diese Erledigungen hätten Verhältnisse voller Reibungen und Nadelstiche in Freundschaften verwandelt. In diesen Freundschaften sei nichts Exklusives, und die Regierung habe mit Befriedigung die Erledigung einiger Fragen zwischen Deutschland und Frankreich sowie Deutschland und Russland wahrgenommen. Aus welchem Grunde sollte nicht etwas Aehnliches zwischen Deutschland und England versucht werden?

Die Erwiderung der deutschen Regierung auf diese Vorschläge (Mai 1911) schien nicht ungünstig, obgleich die Zurücknahme des früheren Anerbietens in Bezug auf die Flotte (siehe (1) oben) nicht ermutigend war. Die deutsche Regierung hielt dafür, die britischen Vorschläge möchten eine passende Grundlage für ein Abkommen abgeben; wiederholte jedoch zugleich ihren Vorzug für eine allgemeine politische Formel.

Die allgemeine Lage in Bezug auf englisch-deutsche Beziehungen schien hoffnungsvoll zu sein. Der deutsche Kaiser kam nach London, um bei der Enthüllung des Denkmals der Königin Victoria zugegen zu sein und wurde von der Bevölkerung mit Begeisterung aufgenommen. Kurz nachher wohnte der deutsche Kronprinz der Krönung des Königs Georg bei und erhielt einen ähnlichen Empfang. Nach Berlin wurde berichtet, die Stimmung des britischen Volkes sei Deutschland entschieden günstig. Da geschah plötzlich etwas, das die ganze internationale Situation änderte. Die deutsche Regierung sagte sich von der Diplomatie los und ergriff die Methode der gepanzerten Faust. Inmitten erneuter Verhandlungen mit Frankreich hinsichtlich Maroccos wurde ein deutsches Kriegsschiff nach Agadir entsandt.

VI. — Politische Unterhandlungen: 1911-1912.

Die eingetretene Maroccokrise unterbrach notwendigerweise den Lauf der englisch-deutschen Verhandlungen. Grossbritannien machte durch die Rede von Mr. Lloyd George im Mansion House (21. Juli 1911) und in anderer Weise klar, dass es in einem Frankreich als Folge des englisch-französischen Bündnisses aufgebürdeten Streit keinen

gleichgültigen Zuschauer abgeben würde. Die Krise ging vorüber, aber diese Demonstration ist als der Schlüssel zu der Phase, in welche die english-deutschen Unterhandlungen nunmehr traten, zu betrachten. Wie diese Abteilung deutlich beweisen wird, war es das Ziel deutscher Diplomatie, England von Frankreich und Russland zu trennen, und durch vorhergehende Abkommen sich Englands Neutralität in irgend welchen Folgen, die von zukünftigen Vorstellungen " der gepanzerten Faust", oder der glänzenden Waffenrüstung herrühren mochten, zu versichern.

Als der Herbst von 1911 herankam, war zwischen Deutschland und Frankreich eine Uebereinkunft in der Maroccofrage zustande gekommen. In seiner Rede im Parlament bei dieser Gelegenheit (27. Nov.), gab Sir Edward Grey einem starken Wunsche für bessere Beziehungen zu Deutschland Ausdruck. Grossbritannien habe ein freundschaftliches Einverständnis zwischen Deutschland und Frankreich in der Maroccofrage erleichtert. Es sei zu hoffen, dass dieses Abkommen auch die "Tafel rein gewaschen habe" in Bezug auf englische Beziehungen zu Deutschland. Der deutsche Reichskanzler habe das gesagt, und er, Sir Edward Grey, sei sehr erfreut, das zu hören. Er werde jedem Wunsche von Seiten Deutschlands die gegenseitigen Beziehungen zu bessern, herzlich entgegen kommen, und nichts werde in Englands Politik sein, was einer abgünstigen Haltung ähnlich sähe.

Am Anfang des Jahres 1912 wurde der britischen Regierung mitgeteilt, es sei dem deutschen Kaiser angenehm, wenn ein Mitglied des Kabinets nach Berlin komme, um die Beziehungen beider Länder zu einander zu erörtern. Da Lord Haldane zu jener Zeit einen Ausflug nach Deutschland in Privat-Geschäften vor hatte, wurde er beauftragt nach Berlin zu gehen, um die Situation mit dem deutschen Reischskanzler zu besprechen. Er war in keinem Sinne ein Bevollmächtiger; er wurde angewiesen, die Lage der Dinge auf strengster Nicht-Verbindlichkeits-Basis zu besprechen; aber er war natürlich vollständig über die Ansichten der Regierung unterrichtet, die er mit Freundlichkeit, aber auch grosser Festigkeit, ausdrükte. Wahrscheinlich hätte kein Abgesandter gefunden werden können, der in Berlin in höherem Masse *persona grata* gewesen wäre, und deshalb erregen die negativen Ergebnisse seiner Sendung um so mehr Verwunderung.

Die unmittelbaren Präliminarien waren nicht ermutigend. Lord Haldane kam am 9. Februar 1912 in Berlin an, und zwei Tage vorher hatte der Kaiser bei Eröffnung des Reichstages Zuwüchse sowohl in

der Flotte, wie im Heere angekündigt. Der Zuwachs, unter dem neuen deutschen Flottengesetz, wurde amtlich auf drei erstklassige Schiffe, 15 000 Mann, eine grosse Anzahl Unterseeboote, und die Aufwendung von 13 Millionen Sterling geschätzt.

Der Haupvorschlag des deutschen Reichskanzlers ging dahin, die beiden Regierungen sollten sich über eine Formel einigen, darauf hinausgehend, dass keines der beiden Länder, auf eine Verbindung gegen das andere eingehen solle. Lord Haldane stellte einige treffende Fragen an den Kaiser, den Reichskanzler und an Admiral von Tirpitz. Von welchen Nutzen könne es sein, einen feierlichen Freundschaftsvertrag abzuschliessen, wenn Deutschland im selben Augenblick seine Schlachtflotte verstärke als Vorsichtsmassregel gegen Grossbritannien, in welchem Falle Grossbritannien seine eigene Flotte als Vorsichtsmassregel gegen Deutschland zu verstärken haben würde? Müsse nicht ein Abkommen, das den Zweck habe, einen besseren Geist in die Beziehungen der beiden Länder zu einander zu bringen, von der ganzen Welt mit Spott und Hohn aufgenommen werden, wenn unmittelbar darauf ein Zuwachs im deutschen Schiffbauprogramm erfolgte? Die deutsche Regierung erwiderte auf solche Fragen, ohne ein vorheriges allgemeines politisches Abkommen könne kein Flottenabkommen getroffen, und selbst für ein annehmbares politisches Abkommen könne keine Herabminderung in dem vergrösserten Flottenprogramm eingeführt werden; aber eine zeitweilige Verzögerung könne stattfinden.

Der Vorschlag von 1910, der im Jahre 1911 zurückgenommen wurde, wurde also wiederholt, aber mit Abweichungen; das Verhältnis, bei dem Verzögerung angewandt werden konnte, war mittlerweile erhöht worden, und die "Verbindlichkeit" zu verzögern, sollte nur ein "Verständniss" und keine schriftliche Abmachung sein; das heisst: es sollte etwas Geringeres sein "als ein Stück Papier".

Der angebotene Flottenvertrag, so wie er war, kam nicht zur Reife, denn es stellte sich als unmöglich heraus, die deutsche Regierung in Bezug auf ein politisches Abkommen zufriedenzustellen. Sir Edward Grey war bereit, den Geist britischer Politik in Begriffe eines formellen Abkommens zu übersetzen, wie er ihn so oft in seinen Reden dargelegt hatte, und die folgende Formel, deren Ausdrücke sorgfältig von dem britischen Kabinet überlegt worden waren, wurde vorgeschlagen:

> « Da beide Mächte natürlicherweise von dem Wunsche beseelt sind, Frieden und ein freundschaftliches Verhältnis zu einander zu sichern, erklärt England, dass es Deutschland weder mit Krieg

überziehen noch an einem unprovoziertem Angriff auf Deutschland sich beteiligen will. Angriffspolitik gegen Deutschland ist nicht der Zweck, auch bildet sie keinen Teil irgend eines Vertrages, Abkommens oder einer Verbindung, an der England Teil hat, — noch will es in der Zukunft sich irgend einer Verbindung anschliessen, der ein solcher Zweck zu Grunde liegt.»

Man würde natürlicherweise von Deutschland erwartet haben, sich einer ähnlichen Verbindlichkeit zu unterziehen. Aber Sir Edward Greys Bedingungen genügten der deutschen Regierung nicht. Sie wollte mehr als eine blosse Garantie gegen britischen Angriff. Der deutsche Botschafter bat um ein Versprechen britischer Neutralität für den Fall, dass Deutschland in Krieg verwickelt würde. In andern Worten, er wollte, dass die auf Verteidigung gerichtete « Triple Entente » aufgehoben werden und es Deutschland überlassen bleiben solle, mit Frankreich oder Russland oder Belgien fertig zu werden, ohne jede Gefahr, dass England sich in die Sache einmischen werde[1].

In seiner Erwiderung setzte Sir Edward Grey dem Grafen Metternich offen auseinander, in welcher Weise sein Vorschlag von britischen Staatsmännern aufgefasst werde. Die von unserem Minister des Aeussern im Jahre 1912 geführte Sprache ähnelte wesentlich derjenigen der im Weissbuch des Jahres 1914 aufgezeichneten verschiedenen Unterhaltungen. Die britische Politik schliesse keinerlei Angriffspläne ein und es sei Frankreich vollkommen bewusst, dass, sollte es angriffsweise gegen Deutschland vorgehen, es keine Unterstützung von Seiten der britischen Regierung finden oder seine Haltung keineswegs von der britischen öffentlichen Meinung gut geheissen werden würde. Grossbritannien sei bereit, ein diese Punkte in sich schliessendes Abkommen einzugehen : aber es könne sich nicht im Voraus binden, seine Neutralität zu wahren, was immer geschehen möge. Möglich, dass ein Tag anbreche, an dem Deutschland wünsche, Frankreich zu zerschmettern. Wenn England sich im Voraus verpflichte, sich abseits

---

[1] Wir möchten an die Worte des deutschen Historikers Professor H. von Treitschke erinnern : « Wenn unser Reich den Mut hat, energisch eine unabhängige Kolonial- » politik zu treiben, ist ein Zusammenstoss unserer Interessen und derer Englands » unausbleiblich, Es ist natürlich und logisch, dass die neue Grossmacht Mitteleu- » ropas ihre Rechnnng mit allen Grossmächten wird begleichen müssen. Mit » Œsterreich-Ungarn, Frankreich und Russland ist das geschehen. Die letzte Be- » gleichung, die Begleichung mit England, wird voraussichtlich die längste und » schwierigste werden. »

zu halten, möchte es möglichenfalls später, nachdem es zugesehen, wie Frankreich zertrümmert worden, für sich selbst zu kämpfen haben. Es darf nicht vergessen werden, dass Deutschland zu dieser Zeit seine Rüstungen zu Land und zu Wasser bedeutend verstärkte und in letzter Zeit sowohl Frankreich als auch Russland mit Waffengewalt bedroht hatte. Die in dieser Sektion beschriebenen englisch-deutschen Verhandlungen endeten alsbald in vollständigem Fiasco.

Der Grund dieses Zusammenbruchs und die hervorstehenden Züge dieses Kapitels britischer Bemühungen, den Frieden zu sichern, sind klar verständlich. Jeder Versuch der britischen Regierung, eine Herabminderung, oder auch nur beiderseitige Beschränkung der Ausgaben für Rüstungen zur See herbei zu führen, stiess auf hartnäckigen Widerstand Deutschlands. Die Unterhandlungen wegen eines politischen Abkommens kamen nicht zustande, weil Deutschland sich nicht mit einer einfachen Garantie gegen Angriffe bescheiden wollte; es verlangte von der britischen Regierung ein Versprechen, in einem europäischen Kriege sich neutral halten zu wollen, als unumgängliche Bedingung für selbst das schattenhafteste Flottenabkommen.

VII. — Ein vorgeschlagener Flotten-Feiertag. Politisches Zusammenwirken mit Deutschland, 1912-13.

Der in § VI. beschriebene Zusammenbruch der Verhandlungen veranlasste die britische Regierung weder jeden Antrag zum Zweck einer Herabminderung der Ausgaben für die Flotte fallen zu lassen noch eine unfreundliche Haltung gegen Deutschland anzunehmen.

Die neuen im Jahre 1912 von Deutschland in Aussicht genommenen Vermehrungen in der Flotte liessen allerdings eine Fortsetzung tatsächlicher Unterhandlungen unnütz erscheinen, aber unsere Regierung liess mittelst einer öffentlichen Erklärung die Türe offen. Bei der Einführung des Flottenetats für 1912, und nochmals für 1913, machte der Erste Lord der Admiralität, Mr. Churchill, seinen Vorschlag hinsichtlich eines "Feiertages für die Flotte" (naval holiday); er verbürgte sein Wort dafür, dass einer Verzögerung oder Ermässigung im deutschen Schiffsbau eine verhältnissmässige Verzögerung in unserem Lande folgen solle. Sollte Deutschland sich dazu verstehen, in irgend einem bestimmten Jahre Ferien zu machen, und keine Schiffe zu bauen, so werde England seinem Beispiel folgen und gleicherweise sein Programm für

das Jahr fallen lassen. In dieser Weise könne "ohne Unterhandlungen oder den geringsten Druck auf die souveräne Freiheit einer der beiden Mächte und ohne Schachern". Erleichterung verschafft werden. Deutschland lehnte den Vorschlag ab.

Aber obgleich auf der Linie direkter Unterhandlungen mit Deutschland in solcher Weise kein Fortschritt zu verzeichnen war, ermöglichte der Lauf der Ereignisse es England dennoch, jener Macht ihre freundlichsten Gesinnungen und ihren ernsten Wunsch zu beweisen, mit ihr für die Erhaltung des europäischen Friedens zusammen zu wirken. Als direkte Unterhandlungen abbrachen, äusserte Sir Edward Grey sich in diesem Sinne gegen den deutschen Botschafter. Das, was er privatim sagte, sagte er öffentlich. Er drückte dem Grafen Metternich gegenüber seine dahin gehende Ansicht aus, dass alle fünf Mächte, einschliesslich Deutschlands, sich unter einander verständigen müssten, ehe Schritte; unternommen würden, zwischen der Türkei und Italien zu vermitteln und dass was die Unruhen im Balkan beträfe, das Zusammenhalten aller Mächte, ohne Rücksicht auf ihre Gruppirung in Bund oder Entente, das Richtige sei. Er setzte hinzu, wie er sich freuen würde, Russland (eine Entente-Macht) zu einem Vertrage mit Oesterreich (einer Dreibund-Macht) kommen zu sehen. Auf der Annahme einer solchen Handlungsweise beruhten die besten Hoffnungen eines europäischen Friedens. Aehnlich hatte er am 18. März 1911 im Unterhause gesprochen: "Wir hegen den grössten Wunsch, diejenigen, die unsere guten Freunde sind, in guten Beziehungen zu andern Mächten zu sehen; wir sehen es ohne Eifersucht und mit Befriedigung an". Und wiederum (am 10 Juli 1912): "Was für einzelne diplomatische Gruppen immer bestehen mögen, das sollte, meiner Ansicht nach, in Fragen von gegenseitigem Interesse nicht einen Meinungsaustausch und vollkommene Offenheit verhindern, und wenn die stattfinden, brauchen separate Gruppen sich nicht notwendigerweise in einander entgegengesetzten diplomatischen Lagern zu befinden."

Was Sir Edward Grey predigte, das übte er. Seine Politik während der Balkankrisis von 1912-1913 erwarb ihm von einigen Seiten den Titel eines "Friedensstifters von Europa", sowie Worte freundlicher Anerkennung von dem Deutschen Staatssekretär (Herrn von Jagow):

> "Eine der letzten von meinem Vorgänger im Reichstag abgegebenen Erklärungen — wenn ich nicht irre die allerlezte — bezog sich auf unsere Beziehungen zu England. Er betonte bei dieser Gelegenheit, dass während der ganzen kürzlich überstan-

denen Krisis (im nahen Osten unsere Beziehungen zu England besonders vertrauensvoll gewesen seien. Er wies auf die guten Dienste hin, die der Sache eines Einverständnisses zwischen allen Mächten durch die in offenem Ton gehaltenen und in vollkommenem Vertrauen geführten Besprechungen zwischen London und Berlin, während aller Stadien der Krisis, geleistet seien, und drückte die Erwartung aus, dass sie fortfahren würden, diese Dienste zu leisten. Es verursacht mir besonderes Vergnügen, dass bei meiner ersten Gelegenheit an dieser Stelle zu sprechen, ich bestätigen kann, dass diese Erwartuug durchaus und vollständig erfüllt worden ist. Der vertrauliche Meinungsaustausch, den wir mit der britischen Regierung unterhalten, hat wesentlich zu der Beseitigung von Schwierigkeiten beigetragen, die sich während der letzten Monate erhoben hatten. Wir haben nun gesehen, dass wir nicht nur sentimentale Berührungspunkte, sondern auch einander ähnliche Interessen mit England haben. Ich bin kein Prophet, aber ich hege die Hoffnung, dass wir auf dem Boden, allgemeinen Interesses, in der Politik der fruchtbare Boden, fortfahren können mit England zusammen zu wirken, und vielleicht die Früchte unserer Bemühungen ernten mögen". (Rede im Reichstag vom 7. Februar 1913.)

VIII. — Dem Zusammenwirken für Erhaltung des Friedens wird durch die "Gepanzerte Faust" ein Ende bereitet, 1914.

Leider blieben diese Erwartungen unerfüllt. Gerade wie im Jahre 1910 der Hoffnung auf ein diplomatisches Einverständnis bei der plötzlichen Zuflucht zur "gepanzerten Faust" ein Ende bereitet wurde, so wurde der günstige diplomatische Ausblick im Jahre 1914, durch eine Schaustellung der "glänzenden Waffenrüstung" verhängnissvoll überschattet. Ich habe an anderer Stelle die in dem englischen Weissbuch enthaltene Evidenz zusammen gefasst, die beweist, wie die britische Regierung sich fortgesetzt und anhaltend bestrebte, den Frieden Europas zu erhalten und wie diese Bestrebungen in jedem Stadium von Deutschland vereitelt wurden. Hier mag hinzugefügt werden, dass die Anklage, es habe mit Ueberlegung die Politik der gepanzerten Faust statt der Diplomatie verfolgt — ebenso klar aus dem seinem eigenen

Weissbuche vorangesetzten *Résumé* hervorgeht. "Wir waren uns hierbei wohl bewusst dass ein etwaiges kriegerisches Vorgehen Oesterreich-Ungarns gegen Serbien Russland auf den Plan bringen und uns hiermit, unserer Bundespflicht entsprechend, in einen Krieg verwickeln könnte... Wir liessen Oesterreich vollkommem freie Hand gegen Serbien. . . Sir Edward Grey hatte den Vorschlag gemacht die Differenzen zwischen Oesterreich und Serbien, einer unter seinem Vorsitz tagenden Konferenz der Botschafter Deutschlands, Frankreichs und Italiens, zu unterbreiten. Wir haben unsere Unfähigkeit, uns an einer derartigen Konferenz zu beteiligen, zu erkennen gegeben". Man sieht, eine Friedenspolitik konnte nicht zugelassen werden, nur glänzende Waffenrüstung! Aber selbst das Paradieren mit der glänzenden Waffenrüstung hätte nicht notgedrungen zu einem europäischen Kriege zu führen brauchen, hätte die gepanzerte Faust Deutschlands nicht darauf bestanden. Die alles krönende Tragödie wird am besten in dem Bericht Sir M. de Bunsens, des letzten britischen Botschafters zu Wien, an Sir Edward Grey, erzählt.

« Die deutsche Regierung behauptet, bis zuletzt unaufhörlich versucht zu haben, ihre einander folgenden Vorschläge im Interesse des Friedens in Wien zu unterstützen. Herr v. Tchirschky unterliess es, meine oder des französischen und russischen Gesandten Beihülfe bei der Ausführung seiner diesbezüglichen Instruktionen zu erbitten, und ich war nicht in der Lage mich darüber zu informieren, welche Antwort er von der österreich-ungarischen Regierung erhielt. Ich wurde jedoch von M. Schebeko, dem russische Gesandten, völlig in Bezug auf seine eigenen Verhandlungen mit dem Grafen Berchtold (dem österreichischen Minister des Auswärtigen) *au fait* gehalten. M. Schebeko versuchte am 28. Juli die österreich-ungarische Regierung dazu zu überreden, dem Grafen Szapary (österreichischem Botschafter in St. Petersburg) Vollmacht zu erteilen, die Hoffnung erweckenden Besprechungen, die zwischen ihm und M. Sazonoff, dem russischen Minister des auswärtigen Amts, stattgefunden hatten, wieder aufzunehmen. Graf Berchtold wies das damals ab, aber zwei Tage später, am 30. Juli, empfing er M. Schebeko nochmals in vollkommen freundschaftlicher Weise, obgleich Russland mittlerweile teilweise gegen Œsterreich Mobil gemacht hatte und erteilte seine Zustimmung zu der Wiederaufnahme der Besprechungen in St. Petersburg. Von diesem Zeitpunkt an war die Spannung zwischen Russland und Deutschland bei weitem grösser als die zwischen Russland und Œsterreich. Fast schien eine Verständigung zwischen den beiden letzteren in Sicht. . . . . M. Schebeko

sagte mir, er sei bereit, jeden annehmbaren Kompromiss einzugehen Leider wurden diese Besprechungen zu St. Petersburg und Wien durch die Uebertragung des Streites auf den weit gefärlicheren Boden eines direkten Konfliktes zwischen Deutschland und Russland kurz abgebrochen. Deutschland trat am 31. Juli durch sein doppeltes Ultimatum an St. Petersburg und an Paris dazwischen. Die Ultimata waren der Art gehalten, dass es nur eine Antwort auf sie gab, und Deutschland erklärte Russland am 1. August, und Frankreich am 3. August, den Krieg. Eine Verzögerung von wenigen Tagen hätte aller Wahrscheinlichkeit nach Europa vor einen der grössten geschichtlichen Katastrophen bewahrt.»

« Einer der grössten Unglücksfälle in der Weltgeschichte » ist direkt auf Deutschlands Bestehen auf der « Gepanzerten » Faust im Vorzug vor friedlicher Diplomatie zurückzuführen, selbst in dem Zeitpunkt, wo Œsterreich nicht abgeneigt war, ohne die glänzende Rüstung seines Bundesgenossen fertig zu werden.

Schluss. — Die beiden Pfade.

Der in den vorausgehenden Blättern enthaltene urkundliche Bericht über frühere Unterhandlungen in Bezug auf englisch-deutsche Beziehungen mag füglich mit Sir Edward Greys Berufung an den Deutschen Reichskanzler, vom 30. Juli 1914, als noch nicht jede Hoffnung auf Frieden geschwunden war, abgeschlossen werden. « Sie sollten aufs » Eindringlichste hinzufügen, » sagte er dem britischen Botschafter in » Berlin, « dass die beste Art, gute Beziehungen zwischen England und » Deutschland zu erhalten, darin besteht, dass die beiden Länder fort- » fahren, zusammen für Erhaltung des Friedens von Europa zu wirken: » wenn wir diesen Zweck erreichen, glaube ich, werden die gegen- » seitigen Beziehungen Deutschlands und Englands *ipso facto* verbessert » und befestigt werden. Zu diesem Zweck wird Seiner Majestät » Regierung aufrichtig und mit gutem Willen arbeiten. Und ich will » dies hinzufügen: kann der Friede Europas bewahrt und die gegen- » wärtige Krise sicher umgangen werden, so soll es mein Bemühen » sein, ein Abkommen zustande zu bringen, dem Deutschland sich » anschliessen könnte, und das es davor schützen würde, dass eine » aggressive oder feindliche Politik gegen Deutschland oder seine

» Bundesgenossen von Seiten Frankreichs, Russlands und uns selber,
» vereint oder einzeln, gegen sie getrieben würde. »

Wir haben gezeigt, dass dieser Geist der britischen Politik früherer Jahre zu Grunde lag. Die oben kurz zusammengefassten Berichte stattgefundener Unterhandlungen beweisen, dass die folgenden historischen Tatsachen nicht bestritten werden können, und dass in jedem Falle Grossbritannien den einen und Deutschland, den anderen Pfad betrat.

(1) Grossbritannien machte im Jahre 1907 Einschränkungen in seinem Flotten-Etat, und war, wie Sir Henry Campbell-Bannerman 1907 schrieb, bereit, weiter zu gehen, "wenn eine ähnliche Neigung anderswo gefunden würde". Deutschland zeigte keine solche Neigung.

(2) Grossbritannien bemühte sich um Deutschlands Mitwirkung im Interesse des Friedens; eine von zwei auf einander folgenden deutschen Staatssekretären zu verschiedenen Zeiten im Reichstag anerkannte Mitwirkung. Deutschland "rasselte" zu verschiedenen Malen "mit dem Säbel", und weigerte sich in der grössten Krisis mit England zusammen zu wirken.

(3) Grossbritannien war bereit, einen dahin gehenden Vertrag einzugehen, Deutschland weder selbst mit Krieg zu überziehen, noch sich einem unprovozierten Angriff auf dasselbe anschliessen zu wollen. Deutschland weigerte sich, auf dieser Grundlage ruhende Bedingungen zu einem Vertrage einzugehen, sondern verlangte, England solle eine Formel der Neutralität annehmen, die mit Ueberlegung darauf berechnet war, seine bestehenden Freundschaften mit Frankreich und Russland abzubrechen, und derzufolge es seinen Vertragspflichten gegen kleine Staaten hätte untreu werden müssen.

Kann in irgend einem dieser Fälle ein Zweifel darüber obwalten dass Grossbritannien den Friedenspfad einzuschlagen strebte, dass aber Deutschland den Pfad wählte, der zum Kriege geführt hat?

IMPRIMERIES RÉUNIES S. A. LAUSANNE. — 364.15